

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die sechs-spaltige Kopfzeile 70 Hg. Restamegeile 1.—Brt.

Abgabeannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Teuchern 10, bis spätestens vorabend 8 Uhr. Später und verspätete Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Einzelnummerpreis: 20 Hg. Geschäftsstelle: 700 Hg. von unserer Seite ins Hand gebracht 775 Hg. und durch den Briefträger 22. Einzelnummer 20 Hg.

Einzelnummerpreis und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Teuchern 10, auch von unserer Seite und allen Postämtern angenommen.

Anteiliges Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 121

Donnerstag, den 13. Oktober 1921.

60. Jahrgang

Frankreich und England.

Vor 10 Tagen schrieb ein französischer Politiker in einem Artikel der „Times“, es sei sehr angebracht, daß die Engländer niemals vergessen, daß die westliche französische Geschichte, die bei Calais aufgeföhrt wurden, im Jahre 1914 gefallen wären, so würde vielleicht England vorgezogen haben, Frankreich seine Erfahrungen im Weltkrieg allein sammeln zu lassen.

An der Spitze hält man heute der Pariser Verbstärker etwas zugute, aber man wird sicherlich für die Zukunft von der Laifage Notiz nehmen, daß der französische Militär große Kanonen besitzt, deren Tragweite darauf berechnet ist, daß sie die englische Kanonade erreichen. Am letzten wurde heftig über die deutschen Bombenwürfe auf Paris und London gezeigert, heute ist die Möglichkeit schwarz auf weiß zu lesen gewesen, daß französische Granaten über der See in London blagen können. Ob wir es erleben, daß so etwas geschieht, weiß niemand, aber vielleicht glauben es in Paris nicht wenige und wünschen es sogar einige. Solche Kanonen werden Deutsche zu bauen, erübrigt sich natürlich bei den heftigen Bewaffnungsverhältnissen jenseits und diesseits des Rheins.

Nun brauchen ja Granaten, die von der französischen Westküste nach London fliegen, nicht immer Sprengkraft zu sein, die Tod und Verderben bedeuten, es können auch andere Dinge sein, und schließlich Konstante darin enthalten sein. Und nachdem so die Franzosen die Sprengkraft der großen Kanonen konstatieren hatten, warfen sie zur Vermeidung von Mißverständnissen auch eine Sendung von Süßigkeiten zur Truppe hinüber. Nachdem die Engländer die Augenbrauen in die Höhe gezogen hatten, erübrigt sich, daß trotz der mehrmaligen engen Grenzuntersuchung selbstverständlich die Entente cordiale eine Kulturnotwendigkeit für Europa, eine Interessensförderung für England und Frankreich und der alleinigen Schutz gegen das schismatische Deutschland sei. Also trotz aller weittragenden Kanonen kann die englisch-französische Freundschaft niemals in die Brüche gehen, falls nur kein derartiges Atempol zum Aben einmaliger Sprünge und Wisse bei der Hand ist.

Wenn er zur Hand ist! Und wenn das Metall zum Aben hält, und wenn nicht sonst etwas dazwischen kommt. Vielleicht bedeutet Wiesbaden für Westeuropa nichts weiter, vielleicht denkt England aber auch eines Tages, kann Frankreich solche Verhältnisse mit Deutschland machen, so kann ich mir auch überlegen, in welchem Schick ich mich gegen Frankreich machen kann. Das ist guter Welt handelt es sich immer wieder nicht nur um Frankreich und England, sondern um Frankreich, England und Deutschland, oder Europa, was am Ende dasselbe bedeutet. Die französische Politik gegen oder mit Deutschland dirigiert auch die britische Außenpolitik, und die letztere läßt Frankreich wieder überlegen, was zu tun ist. Das ist der Schlüssel zum Verständnis der Lage. Das ist der Schlüssel zu den geheimnisvollen, feststehenden oder überaus geheimnisvollen Schachzügen, die sich so oft zeigen und den veranlassen, daß in dieser Woche das Gegenteil von dem geschieht, was in der vorigen Woche als wahrscheinlich galt. Wm.

Das Antigenpiel von Genf.

Warum noch keine Entscheidung des Völkerbundes. Obersteinstens Zukunft, und damit Deutschlands Leben und Zukunft, ist in Genf das Objekt einer Fremde geworden, die uns lächerlich machen würde, würde es nicht so bitter ernst für uns. Erst Montag, dann Dienstag, sollte der Völkerratsrat des Rates seine Entscheidung über Obersteinstens Schicksal bekannt geben, jetzt heißt es, es werde erst Mittwoch so weit sein, man könne meinen gar, erst Donnerstag, vielleicht wird es auch Freitag noch nicht so weit sein, jedoch es schließlich nicht ausgeschlossen scheint, daß wiederum eine ganze, kostbare Woche dem Antigenpiel französisch-polnischer Agenten zum Opfer fallen wird, eine weitere Woche qualvoller Ungewißheit für Obersteinsten und das mit ihm aufs Engste verbundenen ganzen deutschen Reiches.

In Paris konnten sich die Vertreter der Geschichte daran, die hohen Herren des „Obersten Rates“, nicht darüber einigen, was große Teile dieses deutschen Völkerrates sie dem Mutterlande entziehen und den Polen in den Rücken werfen, das heißt, dem sicheren völkerrätlichen Untergang entgegenzuführen sollten. Die Engländer meinen, man solle Obersteinsten lassen, was es von Natur und Bestimmung hingehört und wo es allein völkerrätlich am leistungsfähigsten ist, bei Deutschland, dann, wenn es nicht im Besitz der Entente und für die Entente arbeiten und produzieren könne. Die Franzosen wollten jede Gelegenheit und jeden Vorwand benutzen, um deutsches Gebiet loszu-

reißen und Deutschland zu schädigen. Die einen wollten die Milch gut erhalten, um sie recht lange ausnugen zu können, die anderen wollten sie schlachten. Da man sich nun gar nicht über das Prinzip einigen konnte, wogtes man nun anwenden wollte, so gab man die ganze Sache dem Völkerratsrat, der nun auszuhandeln sollte, wie man die Milch recht lange melken und sie gleichzeitig schlachten könne.

Mit anderen Worten, der Völkerratsrat hatte keine andere Aufgabe, als ein Kompromiß zwischen der französischen und der englischen Auffassung zu finden. Er, der von der Entente völlig abhängig ist und es weder mit Frankreich noch mit England verhandeln darf, wird dies wohl am besten können, so kalkuliert man, und anders hat der Rat seine Aufgabe in Wahrheit auch niemals aufgeföhrt. Das geht schon daraus hervor, daß er nach allen vorliegenden Meinungen die einzige dem Friedensvertrag wirklich entsprechende und aus dem Abstimmungsergebnis weckselhaft herauszuführende Lösung, nämlich das ganz Verzicht auf Deutschland bietet, niemals, auch nicht ein einziges Mal überhaupt in den Kreis seiner Erwägungen gestellt hat.

Wahrscheinlich den zu verschiedenen Auffassungen Englands und Frankreichs ein Kompromiß zu finden, das sich auch nur einigermaßen, und wenn die spitzfindigen Winkelzüge dazu dienen müßten, mit dem Wortlaut des Friedensvertrages begründen ließ, das ist freilich keine leichte Aufgabe. Bisher ist ihre Lösung dem Völkerratsrat des Völkerratsrates auch noch nicht gelungen. Es ist schon so weit gewesen zu sein, da setzte aber das Antigenpiel hinter den Kulissen ein, und man mußte flucht begeben. Jetzt soll man eine neue Entscheidung gefunden haben, die man am Mittwoch dem Völkerratsrat vorlegen will, dieser will sie dann Briand als Vorkindem des Obersten Rates mitteilen. Der Dessenföcht magt man diese Entscheidung nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, bekannt zu geben. Man wird wohl Grund genug haben, sich ihrer zu schämen. Was das also für eine Entscheidung sein wird, ist unbekannt, eins aber ist bereits sicher, daß sie keineswegs dem Friedensvertrag und dem Abstimmungsergebnis, geschweige dem Wunsch und den Interessen Obersteinstens oder gar Deutschlands entsprechen wird.

Grüne Beratungen.

Eine nächtliche Kabinetsberatung.

Wie überaus ernst man in den Kreisen der Reichsregierung die Lage ansieht, das zeigt die vorzeitige Rückkehr des Reichsanzalters von seinem Urlaub. Eine halbe Stunde nach seinem Eintreffen in Berlin trat bereits am Montag abend um 10 Uhr das Kabinetsrat zu einer Beratung zusammen, die bis tief in die Nacht hinein dauerte. Außenminister Dr. Rosen berichtete über seine Unterredung mit dem Londoner Botschafter St. James, den er Sonntag nach Berlin berufen hatte, und der noch am selben Abend nach der britischen Hauptstadt wieder zurückkehrte. Gegenstand erster Erwägung waren auch die ferner innerpolitischen Folgen, die eine ungünstige Entscheidung über Obersteinsten nach sich ziehen würde, besonders die Frage eines eventuellen Völkerratsrates.

Wahrscheinlich der Reichsregierung.

Man ist hier noch zu keiner Entscheidung gekommen, während die Sozialdemokraten das Kabinetsrat nicht unbedingt erhalten wissen wollen, sind andere Mitglieder der Regierung der Meinung, daß sich das Kabinetsrat in der obersteinsten Frage so oft geföhrt habe, daß eine Zustimmung des Kabinets im Falle einer Entscheidung, die für Deutschland durchaus ungünstig wäre, unermesslich wäre.

Man wird wenigstens nichts unternimmt lassen, um die verantwortlichen Persönlichkeiten der Entente, besonders Englands und Italiens, nochmals auf die schweren Folgen aufmerksam zu machen, die eine ungünstige Entscheidung über Obersteinsten nicht nur direkt für die Leistungsfähigkeit Deutschlands haben würde, sondern auch indirekt, indem die schwere innerpolitische Kräfte hervorrufen würde. Aus diesen Gründen sind noch am Montag auch mehrere deutsche Arbeiterführer nach London abgereist, die in dem angebotenen Sinne zu wirken versuchen werden. Ferner ist der als nächste zu beschickende Reichsminister einberufen worden, in dem die Fraktionen die Gelegenheit zu Protesten gegen die Pläne benutzen wollen, die auf Genf über das Schicksal Obersteinstens bekannt geworden sind. Weiter wird man bei der Entente wohl nochmals fragen, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht einhalten kann, wenn ihm die obersteinsten Kraftstoffe genommen sind.

Mögen diese letzten Maßnahmen nicht ungehört verhallen.

Ihr Tage.

Ueber die Schwierigkeiten der Koalitionsbildung erklärte der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Stresemann, in einer Rede auf dem niedersteinsten Parteitag der D. V. P., daß es den untersteinsten Parteimitgliedern zum größten Teil gelungen sei, ein faßliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufbauen könnte. Wichtig innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien befindet eine weitgehende, wenn nicht völlige Uebereinstimmung in der Auffassung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der finanziellen Sozialdemokratischen Vorstellungen mit der Koalition. Die Sozialdemokratie habe ansehnliche Schwierigkeiten in eigenen Lager zu kämpfen, da sich eine starke Opposition gegen den bürgerlichen Vorschlag geltend mache, was auch in der bürgerlichen Regierungsbildung zum Ausdruck käme. Der Gedanke der breiten Koalition sei aber so unbedingt der Ausfluß politischer Notwendigkeit, daß er sich durchsetzen werde, auch wenn die Weg zur Erfüllung des Bieles noch über mancher Enttäuschungen führen würde.

Die Krise in der Reichsregierung.

Berlin, 11. Oktober. Bei der heutigen Beratung des Reichskabinetts handelte es sich um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Gesamtpolitik, die bei unbefriedigender Lösung den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben würde, umso mehr, als seit langem bekannt ist, daß schwere Bestimmungen zwischen Reich und Polen, Polen und Katalan bestehen, da sowohl der Reichsanzalters als auch der Völkerratsratminister wiederholt Eingriffe in die Rechte des Reichs des Außenministers vorgenommen haben. — An antliger Stelle werden irgendwelche Demissionsschreiben noch abgelehnt, doch steht fest, daß das Kabinetsrat seit seinem Bestehen der vor der allergrößten und allerwichtigsten Entscheidung steht. — Ueber Obersteinsten liegen zur Stunde an antliger Stelle noch keine Entscheidungen vor.

Alarm in Oberschlesien.

Paris, 11. Oktober. Wie die hiesigen Blätter berichten, haben von Mittwoch ab sämtliche Ententetruppen in Oberschlesien in erhöhter Bereitschaft. Vom Tage der Entscheidung der obersteinsten Frage durch den Völkerratsrat wird über Oberschlesien der sogenannte kleine Belagerungszustand beschickt werden, um etwaige Unruhen im Keime zu erlöchen.

Früherer Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 11. Oktober. Der Reichstag wird wahrscheinlich schon am 25. Oktober wieder zusammentreten, da der Reichsrat die Entwurfsvorlagen in den nächsten beiden Wochen verabschieden wird. Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierungskoalition rufen zurzeit im Reich ganz und werden erst nach der ersten Lesung der Steuerentwürfe wieder aufgenommen werden.

60 Millionen für Dypau.

Ludwigshafen, 11. Oktober. Ein Spenden für die Dypau sind bis jetzt schon über 60 Millionen Mark eingegangen. Die Zahl der Zoten und Bemühen des Dypauer Anlages hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwererlezte in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erbblinden ist etwas kleiner als ursprünglich mitgeteilt wurde.

Zuwachs der deutschen Handelsflotte.

Hamburg, 11. Oktober. Der für die Hamburg-Amerika-Linie auf der Reppenturm in Rodde erbaute 1800 T. große Dampfer „Antiochia“ hat seine Probefahrt erledigt und ist in Hamburg eingetroffen. Er fährt hier sofort ab. — Die Hamburgische Werft B. Voigt hat ihre Viermasterbarke „Barma“, 3000 T., von der Entente zurückgekauft. Das Schiff war in Dypau interniert und ist auf der Erde eingetroffen.

Deutschland verliert entwaffnet. Wie der „Antiochia“ berichtet, hat Deutschland nach dem Bericht des Generals Mollet in Bezug auf seine Entwaffnung die Bestimmungen des Versailleser Vertrages noch 102 Geschütze zu zerstören sind, nachdem bereits 32 800 zerstört wurden. 1 Million Tonnen Geschütze sind zu zerstören, 34 Millionen Tonnen wurden zerstört; 200 Schiffsgrabenwerfer sind zu zerstören, 84 000 wurden zerstört; 160 000 Gewehre sind abzugeben, 4 160 000 wurden abgeliefert; 90 Millionen Patronen sind zu zerstören, 350 Millionen wurden zerstört. Wer aber glaubt, daß Deutschland genügend „Garantien“ für die Sicherheit des armen, unschuldigen und wehrlosen Frankreich vor einem deutschen Ueberfall gegeben sind, der irrt sich schwer. General Mollet wird sich jetzt zunächst mit der Desorganisierung der Schutzpolizei beschäftigen, und wenn er hier sein Ziel erreicht hat, wird er sich genügend andere Gründe und Vorwände für eine weitere Kräftefindung finden.

Wöchentliches Anzeiger

für Genshern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpusseite 70 Hg. Restamegeite 1.— M.

Anzeigenannahme an der Geschäftsstelle dieses Blattes, Geislerstraße 10, bis spätestens Sonntag 3 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Verantwortlicher Herausgeber: hiesig Nr. 10. Geschäftsstelle 700 Hg. von unserer Seite ist jeweils 7,75 M. und durch den Briefträger Nr. 10. Geschäfts-Nr. 20 Hg.

Verantwortliche und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Geislerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Subskriptoren angenommen.

Anthelisches Verkündigungsblatt für die Stadt Genshern.

Nr. 121

Donnerstag, den 13. Oktober 1921.

60. Jahrgang

Frankreich und England.

Vor 10 Tagen schrieb ein französischer Politiker in einem Artikel der „Times“, es sei sehr angebracht, daß die Engländer niemals vergessen, daß weittragende französische Gesetze, die bei Gelais aufgestellt wurden, imlande seien, London zu beschließen. Das war gerade nicht sehr freundlich gesinnt, und wenn solche Ansätze vor dem Jahre 1914 gefallen wären, so würde vielleicht England vorgezogen haben, Frankreich seine Erfahrungen im Weltkrieg allein sammeln zu lassen.

An der Thème hält man heute der Pariser Republik etwas zugute, aber man wird sicherlich für die Zukunft von der Tatsache Notiz nehmen, daß der französische Bombenkrieg auf Paris und London gesetzt, heute ist die Möglichkeit schon auf weiß zu lesen gewesen, daß französische Granaten über der Erde in London platzen können. Ob wir es erleben, das so etwas geschieht, weiß niemand, aber vielleicht glauben es in Paris nicht wenige und müssen es sogar einige solche Granaten gegen Deutschland zu bauen, erklärt sich natürlich bei den heutigen Bewaffnungsverhältnissen jenseits und diesseits des Rheins.

Man braucht ja Granaten, die von der französischen Nordküste nach London fliegen, nicht immer Sprengstoffe zu freien, die Tod und Verderben bedeuten, es können auch anmutige Blumensträuße und Heftiges Kunstwerk darin enthalten sein. Und nachdem so die Franzosen die Erfindung der großen Granaten konstatieren hatten, waren sie zur „Bemerkung von Mitternachtsdämonen“ auch eine Sendung von Süßigkeiten.



Man wird wenigstens nichts unversucht lassen, um die verantwortlichen Persönlichkeiten der Entente, besonders Englands und Italiens, nochmals auf die schweren Folgen aufmerksam zu machen, die eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien nicht nur direkt für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands haben würde, sondern auch indirekt, indem sie schwere innerpolitische Krisen hervorrufen würde. Aus diesem Grunde wird noch am Montagabend mehrere deutsche Arbeiterführer nach London abgereist, die in dem angegebenen Sinne zu wirken versuchen werden. Ferner ist der Auswärtige Ausschuß des Reichstages einberufen worden, in dem die Fraktionen die Gelegenheit zu Protesten gegen die Pläne benutzen wollen, die auf Genf über das Schicksal Oberschlesiens bekannt geworden sind. Weiter wird man der Entente wohl nochmals harterlegen, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht einhalten kann, wenn ihm die oberbeschlossene Strafquelle genommen wird.

Wären diese letzten Notschreie nicht ungehört verhallen.

reihen und Deutschland zu schädigen. Die einen wollten die Mitteljahre gefund erhalten, die recht lange ausnugen zu können, die anderen wollten sie schlachten. Da man sich nun gar nicht über das Prinzip einigen konnte, wies man nun anwenden wollte, so gab man die ganze Sache dem Völkerverband, der nun ausstobeln sollte, wie man die Mitteljahre recht lange meilen und sie gleichzeitig schlachten könne.

Mit anderen Worten, der Völkerverband hatte keine andere Aufgabe, als ein Kompromiß zwischen der französischen und der englischen Auffassung zu finden. Er, der von der Entente völlig abhängig ist und es weder mit Frankreich noch mit England verderben darf, wird dies wohl am ehesten können, so kalkuliert man, und anders hat der Rat seine Aufgabe in Wahrheit auch niemals aufgeführt. Das geht schon daraus hervor, daß er nach allen vorliegenden Meldungen die einzige dem Friedensvertrag wirklich entsprechende und aus dem Abstimmungsergebnis zweifellos herauszuwendende Lösung, nämlich daß ganz Oberschlesien bei Deutschland bleibt, niemals, auch nicht ein einziges Mal überhaupt in den Kreis seiner Erwägungen gesetzt hat.

Zwischen den so verschiedenen Auffassungen Englands und Frankreichs ein Kompromiß zu finden, das sich auch nur einmigenmaßen und wenn die spitzfindigen Winkelzüge dazu dienen müßten, mit dem Wortlaut des Friedensvertrages begründen ließ, das ist freilich keine leichte Aufgabe. Bisher ist ihre Lösung dem Völkerverband des Völkerverbandes auch noch nicht gelungen. Er schien schon so weit gewesen zu sein, da jetzt aber das Vertragsgericht hinter den Rücken ein, und man müßte heute bestehen. Jetzt soll man eine neue Entscheidung gefunden haben, die man am Mittwoch dem Völkerverband vorlegen will, dieser will sie dann Bericht als Vorsitzendem des Obersten Rates mitteilen. Der Öffentlichkeit mag man aber diese Entscheidung nicht, wie es wahrscheinlich beobachtet war, bekannt zu geben. Man wird wohl Grund genug haben, sich ihrer zu schämen. Was das also für eine Entscheidung sein wird, ist unbekannt, eins aber ist bereits klar, daß sie keineswegs dem Friedensvertrag und dem Abstimmungsergebnis, geschweige dem Wunsch und den Interessen Oberschlesiens oder gar Deutschlands entsprechen wird.

Ernstliche Beratungen.

Eine nächste Kabinettsitzung.

Wie überaus ernst man in den Kreisen der Reichsregierung die Lage ansieht, das zeigt die vorzeitige Mittagspause des Reichstages von seinem Urlaub. Eine halbe Stunde nach seinem Eintritt in Berlin trat bereits am Montagabend um 10 Uhr das Reichskabinet zu einer Beratung zusammen, die bis tief in die Nacht hinein dauerte. Außenminister Dr. Rosen berichtete über seine Unterredung mit dem Londoner Botschafter Sthamer, den er Sonntag nach Berlin berufen hatte, und der noch am selben Abend nach der heftigen Diskussion wieder zurückkehrte. Gegenstand erster Erwörterungen waren auch die schweren innerpolitischen Folgen, die eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien nach sich ziehen würde, besonders die Frage eines eventuellen

Mitritts der Reichsregierung.

Man ist hier noch zu keiner Entscheidung gekommen, während die Sozialdemokraten das Kabinettsamt nicht unbedingt erhalten wollen, sind andere Mitglieder der Regierung der Meinung, daß sich das Kabinet in der oberbeschlossenen Frage so oft festgelegt habe, daß eine Demission des Kabinetts im Falle einer Entscheidung, die für Deutschland durchaus ungünstig wäre, unvermeidlich wäre.

Man wird wenigstens nichts unversucht lassen, um die verantwortlichen Persönlichkeiten der Entente, besonders Englands und Italiens, nochmals auf die schweren Folgen aufmerksam zu machen, die eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien nicht nur direkt für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands haben würde, sondern auch indirekt, indem sie schwere innerpolitische Krisen hervorrufen würde. Aus diesem Grunde wird noch am Montagabend mehrere

deutsche Arbeiterführer nach London

abgereist, die in dem angegebenen Sinne zu wirken versuchen werden. Ferner ist der Auswärtige Ausschuß des Reichstages einberufen worden, in dem die Fraktionen die Gelegenheit zu Protesten gegen die Pläne benutzen wollen, die auf Genf über das Schicksal Oberschlesiens bekannt geworden sind. Weiter wird man der Entente wohl nochmals harterlegen, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht einhalten kann, wenn ihm die oberbeschlossene Strafquelle genommen wird.

Wären diese letzten Notschreie nicht ungehört verhallen.

Der Lage.

Über die Schwierigkeiten der Koalitionsbildung erklärte der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Stresemann, in einer Rede auf dem niederrheinischen Parteitag der D. V. P., daß es den unterhandelnden Parteivertretern zum größten Teil gelungen sei, ein fastliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufbauen könnte. Wichtig innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien befände eine weitgehende, wenn nicht völlige Uebereinstimmung über die einschlagenden Wege. Dagegen sei in der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauungen mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unüberwindlich sei. Die Sozialdemokratie habe aufeinander mit Schwierigkeiten im eigenen Lager zu kämpfen, da sich eine starke Opposition gegen den östlicher Beschluß geltend mache, was auch in der Thüringer Regierungsbildung zum Ausdruck käme. Der Gedanke der breiten Koalition sei aber so unbedingt der Ausfluß politischer Notwendigkeit, daß er sich durchsetzen werde, auch wenn der Weg zur Erfüllung des Ziels noch über mancherlei Enttäuschungen führen würde.

Die Krise in der Reichsregierung.

Berlin, 11. Oktober. Bei der heutigen Beratung des Reichskabinetts handelte es sich um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Gesamtpolitik, die bei unbedingender Lösung den Ministern des Kabinetts zur Folge haben würde, unternommen, als sich schon vor längerer Zeit im Reichstag zu entscheiden. Die Reichs- und Hofen bzw. Hofen und Wachenau befinden, da sowohl der Reichstag als auch der Wiederaufbau minister wiederholt Eingriffe in die Rechte des Reichstages des Aufnahmestandes vorgenommen haben. — An amtlicher Stelle werden irgendwelche Demissionen nicht abgelehnt, doch sieht sich, daß das Kabinet seit seinem Bestehen sehr von der allgrößten und allerschwersten Entscheidung steht. — Ueber Oberschlesien liegen zur Stunde an amtlicher Stelle noch keine Entscheidungen vor.

Alarm in Oberschlesien.

Paris, 11. Oktober. Wie die hiesigen Blätter berichten, stehen von Mittwoch ab sämtliche Entente-truppen in Oberschlesien in erhöhter Bereitschaft. Vom Tage der Entscheidung der oberbeschlossenen Frage durch den Völkerverband wird über Oberschlesien der sogenannte keine Belagerungszustand verhängt werden, um etwaige Intrigen im Keime zu ersticken.

Früherer Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 11. Oktober. Der Reichstag wird wahrscheinlich schon am 25. Oktober wieder zusammenzutreten, da der Reichstag die Steuerentwürfe in den nächsten beiden Wochen verabschieden wird. Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierungskoalition ruhen zurzeit im Reich ganz und werden erst nach der ersten Sitzung der Steuerentwürfe wieder aufgenommen werden.

60 Millionen für Dypau.

Ludwigschafen, 11. Oktober. An Spenden für die Opfer von Dypau sind bis jetzt schon über 60 Millionen Mark eingegangen. Die Zahl der Toten und Verwundeten des Dypauer Unglücks hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erblindeten ist etwas kleiner als ursprünglich mitgeteilt wurde.

Zwangs der deutschen Handelsflotte.

Hamburg, 11. Oktober. Der für die Hamburg-Amerikanische Linie auf der Reimwerft in Roden erbaute 1800 Tn. große Dampfer „Antiochia“ hat seine Probefahrt erledigt und ist in Hamburg eingetroffen. Er wird hier sofort laden. — Die Hamburger Reederei B. Laeß hat ihre Viermasterbar „Parma“, 3000 Tn., von der Entente zurückgeliefert. Das Schiff war in Dypau interniert und ist auf der Elbe eingetroffen.

Deutschland restlos entwaflnet. Wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat Deutschland nach dem Bericht des Generalstabes der Entente eine vollständige Entwaflnung der Bestimmungen des Versailles-Vertrages erfüllt. Aus den letzten Berichten geht hervor, daß noch 102 Geschütze zu zerstoren sind, nachdem bereits 32 800 zerstor wurden. 1 Million Tonnen Geschosse sind zu zerstoren, 34 Millionen Tonnen wurden zerstor; 200 Schiffsgrabenwerfer sind zu zerstoren, 84 000 wurden zerstor; 1 600 000 Gewehre sind abzugeben. 4 160 000 wurden abgeliefert; 90 Millionen Patronen sind zu zerstoren, 350 Millionen wurden zerstor. Wer aber glaubt, daß hierdurch genügend „Garantien“ für die Evidenz des armen, unschuldigen und massenlos Frankreich vor einem deutschen Ueberfall gegeben sind, der irrt sich schwer. General Hollet wird sich gegen die „Entente“ durch die Reorganisation der Schutzpolizei beschaffen, und wenn er hierdurch ermöglicht hat, wird er noch genügend andere Gründe und Vorwände für seine weitere Politik finden.